

11. NOV



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/AV/259 - 11. November 1960

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Weltweites Interesse</u> Für SPD-Parteitag in Hannover	31
2 - 3	<u>Tage Erländer - Baumeister des neuen Schweden</u> Ein Land mit verwirklichter sozialer Demokratie Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolpf Rasten	66
4	<u>Wer bestimmt die Kandidaten?</u> Um die "Befehle- und Kommandogewalt" innerhalb der CSU	38
5 - 6	<u>Heraus aus dem Getto</u> Ostdeutsche Kulturarbeit ist eine gesamtdeutsche Aufgabe Von Oberregierungsrat Otto Heike	89
7	<u>Nur durch die Vordertür</u> Zu den USA-Reisplänen des Bundeskanzlers	38

* * * *

Weltweites Interesse

für SPD-Parteitag in Hannover

sp- Der am 21. November in Hannover beginnende Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie, die zu erwartenden Diskussionen und Beschlüsse, haben bereits jetzt grösste Aufmerksamkeit in aller Welt hervorgerufen. Zurzeit liegen die Anmeldungen von 418 Journalisten vor; darunter etwa 120 Korrespondenten ausländischer Zeitungen und Nachrichtenagenturen. Die Fernseh- und Rundfunkanstalten haben besondere Aufnahmeteams gebildet, um die interessantesten Phasen des Parteitages aufzunehmen. Ein in der Niedersachsenhalle während des Parteitages eingerichtetes Postamt mit zahlreichen Fernschreib- und Telefonanlagen wird für die schnelle Verbreitung der Nachrichten und Berichte Sorge tragen. Das publizistische Interesse an dem diesjährigen Parteitag ist im In- und Ausland also ausserordentlich gross.

Das politische Interesse an dem Ereignis findet seinen Ausdruck in den überaus zahlreichen Wünschen der in Bonn akkreditierten Botschaften, die fast alle Beobachter entsenden werden. Beachtlich ist auch die Zahl der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen, deren Delegierte ebenfalls den Arbeiten des Parteitages folgen werden. Selbstverständlich werden auch Vertreter der Kirchen in Hannover anwesend sein.

In einem Ausmass wie kaum jemals zuvor haben die Parteien der Sozialistischen Internationale um Einsicht in das bereits vorliegende Kongressmaterial - Anträge usw. - ersucht. Die Zahl ihrer Delegierten steht noch nicht fest; jedoch kann jetzt schon gesagt werden, dass die grössten Parteien der Sozialistischen Internationale mit namhaften Persönlichkeiten in Hannover vertreten sind. Auch Übersetzungen von Anträgen und Resolutionsentwürfen sind angefordert worden, wobei besonders aus den lateinamerikanischen und asiatischen Staaten zahlreiche Wünsche vorliegen. Alles dies lässt darauf schliessen, dass der diesjährige SPD-Parteitag in Hannover im Zeichen eines weltweiten Interesses stehen wird.

Tage Erlander - Baumeister des neuen Schweden

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander ist keine volkstümliche Gestalt, kein oratorischer Künstler und schon gar kein Popularitätsjäger. Der Akademiker Erlander vertritt eher eine trockene, vielleicht etwas langweilige Sachlichkeit; äußerlich ist er der Gegensatz zu seinem berühmten Vorgänger Per Albin Hansson, ein landesväterlicher und fröhlicher Mann, der aus Skaane, das Schwaben der Schweden, kam und als Arbeiter- und Parteiführer 1932 zum ersten Mal die sozialdemokratische Partei zum Regierungssieg brachte. Seitdem stehen die Sozialdemokraten praktisch ununterbrochen an der Spitze der politischen Führung Schwedens. In den Kriegsjahren leitete sie die schwedische Allparteienregierung, für einige Jahre in der Nachkriegszeit wurde Schweden von einer Koalition zwischen Sozialdemokraten und der Bauernpartei (jetzt Zentrumsparlei) regiert.

28 Jahre, fast eine ganze Generation, lenkt die sozialdemokratische Arbeiterpartei das Geschick Schwedens, davon die letzten 12 Jahre unter der Führung Tage Erlanders. Das Leitmotiv Per Albin Hanssons - die Errichtung eines Folkhem, eines sozialen Rechtsstaates - ist längst in die Tat umgewandelt und auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt. Auch wenn Schweden heute, ähnlich den übrigen nordischen Ländern, buchstäblich ein teures Volksheim geworden ist, so wird nicht bestritten, daß die soziale Volkspolitik unter Führung der größten Partei sämtliche Gesellschaftsgruppen zum Nutzen und Vorteil geworden ist. Geschenkt vom Krieg und psychologischer Nachkriegserscheinungen konnte Schweden seine soziale und wirtschaftlichen Positionen befestigen.

Die Ära Erlanders war auch durch den Erfolg der aussen- und militärpolitischen Neutralität geprägt und obwohl Högers (die konservative Partei) sich gelegentlich, aber ziemlich unumwunden für eine Annäherung an die NATO-Linie aussprach, gibt es keinen Zweifel, daß für Schweden im Hinblick auf die nahe Lage der Sowjetunion und mit besonderer Rücksicht auf Finnland keine andere Aussenpolitik möglich ist.

Die Gültigkeit beider Eckpfeiler in der Regierungspolitik, der soziale Ausbau und die Neutralität, wurden bei den letzten Parlamentswahlen eindeutig bestätigt, als die sozialdemokratische Partei mit Stimmen- und Mandatgewinnen auf Kosten der bürgerlichen Parteien die absolute Mehrheit der zweiten Kammer eroberte. In der ersten Kammer hat sie die schon seit langem. Von besonderer Bedeutung für die Stellung der Sozialdemokraten ist die Tatsache, daß die rechts von ihr stehenden Parteien - die Bauernpartei, die Rechtspartei und die liberale Volkspartei - sich untereinander nicht einigen und kein gemeinsames Alternativprogramm aufstellen konnten. Die neue vierjährige Legislaturperiode wird unter diesen Umständen im Zeichen einer unangefochtenen sozialdemokratischen Volkspolitik stehen.

Einer der interessantesten Vorhaben wird eine neue Sozialreform sein, die auf eine Modernisierung und Vereinfachung der verschiedenen öffentlichen Sozialleistungen zielt. Eine andere, mit grossem Interesse verfolgte Aufgabe, besteht in der Zusammenführung aller staatlichen, kommunalen und privaten Alterspensionsanstalten in drei grosse Pensionsfonds, die, vom Staat und Organisationen kontrolliert, als "Investitionsbanken" tätig sein sollen und über Investitionsgelder für die öffentliche und private Wirtschaft als Darlehen verfügen werden. Es handelt sich um Summen, die schon in zehn Jahren in die Milliarden gehen werden.

In Schweden beschäftigt man sich auch mit den Fragen, die für die soziologischen Strukturveränderungen in diesem Jahrzehnt ausschlaggebend sind. Die zunehmende Automatisierung der Industrie und die Rationalisierung der Land- und Forstwirtschaft wird es mit sich bringen, daß neue Produktionsmittel und neue Produkte entstehen, und dass eine Umschulung vieler Arbeitskräfte und sogar eine Umsiedlung grösserer Bevölkerungsguppen notwendig werden. Die Zahl der körperlich Werktätigen sinkt, die der Angestellten steigt seit dem Jahre 1930 allein von 400 000 auf mehr als eine Millionen. Eine volkswirtschaftliche Gesellschaftsplanung auf viele Jahre hinaus gehört zu den Problemen, mit denen man sich politisch, praktisch und wissenschaftlich auseinandersetzt und deren Lösung der soziale Rechtsstaat Schweden für seine Bewohner noch freundlicher und heller gestalten wird.

Wer bestimmt die Kandidaten?

Es geht um die "Befehls- und Kommandogewalt" innerhalb der CSU

U.D.- Die Niederlage von Franz-Josef Strauß auf dem CSU-Parteitag am vorletzten Wochenende hat eine eigenartige Tatsache ans Licht gebracht. Bekanntlich hatte Strauß namens des Landesvorstandes der CSU jene Satzungsänderung vor den Delegierten zu vertreten, die künftig dem Vorstand das Recht zur Kandidatenaufstellung für den Bundestag übertragen sollte, sofern es sich dabei um die Listenkandidaten handelt. Der Parteitag lehnte dieses Ansinnen des Vorstandes ab, was zu den Zeitungsmeldungen über die Abstimmungsniederlage des Antragstellers Strauß führte.

Erst in diesem Zusammenhang wurde einer breiteren Öffentlichkeit die Tatsache bekannt, dass die bayerische CSU-Landesliste nach der bisherigen Übung vom Landesausschuss und nicht von der Landesversammlung, also vom zweithöchsten statt vom höchsten Parteiorgan der CSU beschlossen wird. Diese Praktik schon allein steht im Widerspruch zum Bundeswahlgesetz, das die Aufstellung der Bundestagskandidaten durch eine "Vertreterversammlung" fordert. Vertreter- oder auch Delegierterversammlung ist der Ansicht des Bundesinnenministers wie auch übereinstimmender Praxis aller anderen Parteien zufolge eine Körperschaft aus gewählten Delegierten. Wenn auch häufig neben den Delegierten weitere Funktionäre wie z.B. Vorstandsmitglieder nachgeordneter Gebietsverbände oder staatliche Mandatsträger Mitglied sind, so stellen doch stets die gewählten Mitgliedervertreter die Mehrheit.

Das gilt auch für den Parteitag der CSU, die Landesversammlung. Im CSU-Landesausschuss dagegen sitzen neben den Landesvorstandsmitgliedern die Vertreter der Bezirksverbände, Vorsitzende von Arbeitsgemeinschaften und die der CSU angehörenden Bundes- und Landesminister. Wenn dieses Gremium bisher die Landesliste für den Bundestag aufstellte, so war das ein Verstoß gegen das Bundeswahlgesetz und auch gegen den Entwurf der Bundesregierung für ein Parteiengesetz, der sich in dieser Frage inhaltlich mit dem Wahlgesetz deckt.

Da aber nun Strauß mit dem von ihm vertretenen Antrag sogar noch den Landesausschuss durch den Landesvorstand ersetzen wollte, hätte sich dieses Verfahren beim besten Willen nicht mehr als "innere demokratische Ordnung" im Sinne des Grundgesetzes bezeichnen lassen. Es erhebt sich die Frage, ob für Mitglieder der Bundesregierung nicht auch im Hausgebrauch Gültigkeit haben sollte, was für andere selbstverständlich ist.

* * *

Heraus aus dem Getto

Von Oberregierungsrat Otto Heike

Unter den Reichtümern vieler Art, die das deutsche Volk in seiner vielhundertjährigen Geschichte im deutschen Osten entwickelt und geschaffen hat, ist das Kultur- und Geistesgut der wertvollste.

Dieses Gut lebt, im Gegensatz zu den durch Vertreibung und Flucht der deutschen Verfügungsgewalt entzogenen materiellen Reichtümern, nicht nur in den Vertriebenen und Flüchtlingen, sondern - soweit es sich um das Geistesgut handelt - auch im ganzen deutschen Volk fort. Es gehört auch keineswegs nur dem ostdeutschen Menschen, sondern ist Gemeinbesitz, des ganzen deutschen Volkes, Teil der gesamtdeutschen Kultur. Man kann daher nicht - wie das leider manchmal geschieht - von einer "ostdeutschen Kultur" sprechen. Vielmehr ist das in Ostdeutschland gewachsene Kultur- und Geistesgut eine Ausprägung der ostdeutschen Sprache und Landschaften und damit ein Beitrag zur deutschen Nationalkultur im Sinne der "gesamtdeutschen Einheit durch charaktervolle Vielfalt."

Seine Erhaltung und Sicherung ist somit nicht allein Sache der aus ihrer Heimat vertriebenen ostdeutschen Stämme, sondern eine gesamtdeutsche Verpflichtung. Der Verlust dieses Kulturgutes wäre ein Verlust für das ganze deutsche Volk, indem es um einen wesentlichen Teil seines kulturellen und geistigen Reichtums ärmer werden würde.

Angesichts dessen, daß die soziale und wirtschaftliche Betreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge mit der fortschreitenden Erfüllung in diesem Bereich nach und nach abgebaut werden kann, sollte die bisher vielfach vernachlässigte Pflege des ostdeutschen Kultur- und Volksgutes in stärkerem Maße als bisher in den Vordergrund gestellt werden.

Diese Aufgabe ist in Paragraph 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) verankert. Darin werden Bund und Länder verpflichtet, "das Kulturgut der Vertriebungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlingen, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschriftens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern."

Wenngleich in Paragraph 96 des BVFG von den Vertriebungsgebieten gesprochen wird, so besteht angesichts der seit der Erlassung des Gesetzes eingetretenen Entwicklung kein Zweifel und auch keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die hier ausgesprochene Verpflichtung sich auch auf Mitteldeutschland bezieht.

Die Erfüllung dieser Aufgabe muß auf drei Ebenen vor sich gehen:

1. Im Bereich der Wissenschaft und Forschung durch Tiefenarbeit in Instituten und Forschungsgemeinschaften,

2. in der praktischen Pflege und Förderung des ost- und mitteldeutschen Kulturgutes durch Breitenarbeit mit Schwerpunkt in den Vertriebenen- und Flüchtlingsverbänden und
3. durch die Einbeziehung der aus Paragraph 96 BVFG erwachsenden Aufgaben als gesamtdeutsche Verpflichtung in jede staats- und Heimatpolitische Arbeit schlechthin.

Durch die wissenschaftliche Arbeit an der Erforschung, Sammlung, Bewahrung und Fruchtbarmachung des ostdeutschen Kulturgutes und der Beobachtung der durch Vertreibung und Eingliederung in Westdeutschland vor sich gehenden Veränderungen werden die Grundlagen für die besonders wichtige praktische Arbeit zur Pflege, Erhaltung und Fortentwicklung des ostdeutschen Kultur- und Volksgutes gelegt. Wichtigste Aufgabengebiete dieser Breitenarbeit sind das Brauchtum, die Trachtenpflege, Mundart, das Volkslied, der Volkstanz, das Leichenspiel wie die Volkskunde überhaupt. Tragender Faktor sind hierbei die Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände. Es ist aber darauf zu achten, daß diese ostdeutsche Kulturarbeit nicht auf den Kreis der Vertriebenen und Flüchtlinge beschränkt bleibt, daß sie sich nicht im Getto der Vertriebenenbewegung abspielt. Die mit dieser Arbeit befaßten Organisationen und Verbände sollten bemüht sein, in stärkerem Maße als bisher auch die Kreise der altdansässigen Bevölkerung für das ostdeutsche Kulturgut zu interessieren und ihr den Wert dieses Gutes zum Bewußtsein zu bringen. Das kann weitgehend durch die Mitwirkung an kulturellen allgemeinen Veranstaltungen und Heimatabenden und insbesondere durch Zusammenarbeit mit den alten Heimatvereinen und -verbänden in allen Teilen Westdeutschlands erreicht werden.

Rettung und Erhaltung dessen, was an Zeugnissen ostdeutscher Kulturleistungen noch vorhanden ist, Verbreitung und Vertiefung des Wissens um diese Leistung und Stärkung des Glaubens an den deutschen Osten - das sind die Aufgaben, die dem Gedanken der ostdeutschen Kulturarbeit zugrunde liegen. Diese Arbeit ist bei der heutigen Lage im Hinblick auf die Fragen des deutschen Ostens das einzige, was eine reale Erfolgchance hat, eine Erfolgchance insofern, als mit der Erhaltung der kulturellen Eigenart des deutschen Ostens auch unser Anspruch auf Ostdeutschland seine lebendige Grundlage erhält.

Nur wenn wir die Aufgabe so sehen, wenn Einheimische und Vertriebene gleichermaßen dieses Werk in dem Bewusstsein der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme mit der Verantwortung für das Ganze durchführen, wenn wir uns in allen Fragen des deutschen Ostens zu einem einheitlich empfindenden und handelnden Volk zusammenfinden, werden wir die uns erwachsene Pflicht gegenüber dem deutschen Osten richtig erfüllen.

Nur durch die Vordertür

ap - Je zuverlässiger und umfassender der Präsident der Vereinigten Staaten über alle wichtigen, die Welt bewegenden und ihren Frieden gefährdenden Vorgänge und Entwicklungen unterrichtet ist, desto besser für seine Politik des Friedens, die er verfolgen will, desto besser auch für die Länder, die etwa im Zentrum oder am Rande solcher welt-politischen Erwägungen liegen. Wenn der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland also nach Washington reist, um den Präsidenten der USA, der in sein Amt neu eingetreten ist, mit dem deutschen Standpunkt in einer Lage bekannt zu machen, in der Deutschland Mittelpunkt und Kern geworden ist, so wäre das von Nutzen für beide Seiten, für den Besuchten und für den Besucher.

Der Nutzen wäre aber umso grösser, wenn der Besuch durch die Vordertür erfolgen würde und in einer Art, der auch nicht im mindesten der Verdacht des übereiligen Drängens oder gar des Versuches einer ungebührlichen Einflussnahme angehängt werden könnte. Nach einem verunglückten Besuch des Bundespressescheffs während des Wahlkampfes, dem damals - berechtigt oder nicht - unzielliche Beschäftigung mit inneramerikanischen Angelegenheiten nachgesagt wurde, etwa mit der Auswahl eines künftigen Außenministers, muss ein kommander Besuch mit besonderem Takt vorbereitet werden.

Die Teilnahme an einer privaten Zusammenkunft von Politikern in den USA zum Anlass eines Besuches beim neu gewählten Präsidenten der Staaten zu nehmen, ist schon für sich allein nicht sehr befriedigend. Aber wenn nun noch Einzelheiten dieses Anlasses peinliche Feststellungen erforderlich machen, dann ist ein Entschluss, den Besuch an diesen Nagel zu hangen, für die Regierung, der der Besucher vorsteht, unangemessen und weder der Sache noch der Nation würdig.

Jene Veranstaltung der Organisationen "American Council on Germany" und "Atlantikbrücke" soll am 16. Februar beginnen und es heisst im Bonner Regierungsviertel, dass sie verschoben werden müsste, falls der Kanzler dann den Präsident der USA nicht treffen kann, weil dieser etwa andere Termine hätte. Niemand aber wusste bisher davon, dass der Kanzler an dieser Veranstaltung in den USA teilnehmen wollte, und es ist mindestens bedenklich, dass es plötzlich offiziell heisst, es sei "seit langem beschlossen", dass er aus diesem Grund fahren werde. Wenn hier eine Brücke gebaut werden müsste, dann sollte das schon geschickter geschehen. Aber es muss ohne solche Eselsbrücken möglich sein, dass der Bundeskanzler das Amerikanische Regierungshaupt trifft. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel